Diskussionspapier zur Regelung der Entschädigungen

	Alte Regelung bis 31.12.2007	Regelung ab 01.08.2008	Möglichkeiten nach der Entschädigungsverordnung orientiert an bisherigen Regelungen
Bürgervorsteher/in	260,10 € /Monat 3.121,20 € /Jahr (90 % v. Höchstsatz=289,-)	----	310,50 € 3.726,00 € / Jahr (90 % v. Höchstsatz=345,-)
Stellvertretungen	7,80 € /Vertretungstag (1/30igstel von 90% der Aufwandsentschädigung BV)	-----	9,32 € /Vertretungstag (1/30igstel von 90% der Aufwandsentschädigung BV)
Bürgermeister/in	Hauptamtlich (A14/A15) 141,00 € = Höchstsatz der KomBesVO 1.692,00 € / Jahr	Ehrenamtlich (1.367,- € =Höchstsatz) ----	Hauptamtlich (A 14) 145,00 € = Höchstsatz der KomBesVO 1.740,00 € / Jahr
Stellvertretungen	34,35 € / Vertretungstag (1/30igstel von 90% der Aufwandsentschädigung eines ehrenamtl. Bgm = 1.145,- €)	41,01 € / Vertretungstag (1/30igstel von 90% der Aufwandsentschädigung Bgm)	Die bisherige Regelung ist bei Hauptamtlichkeit rechtlich unzulässig, da kein „Ehrenamtler“ so viel erhalten darf wie der/die BV (vgl. § 9 Abs. 2 EntschVO). Bei einer 14-tägigen Vertretung erhalte sonst der Stellvertretende nach alter Regelung bereits 574,- € und damit mehr als es dem höchstzulässigen Betrag für die BV entspricht.

Allgemeine Bemerkungen:

Stellvertretende für die/den Bürgervorsteher/in

Den Stellvertretenden kann eine monatliche **oder** anlassbezogene Aufwandsentschädigung **oder** Sitzungsgeld gewährt werden. Die Höhe der Aufwandsentschädigung für die jeweilige Funktion darf den Höchstbetrag der Aufwandsentschädigung für die Bürgervorsteherin nicht erreichen und soll in einem **angemessenen Abstand** zum Höchstbetrag stehen. Bei der Bemessung der Höhe der Aufwandsentschädigung ist der mit der Funktion verbundene Aufwand zu berücksichtigen. Weitere einschränkende Kommentierungen gibt es hierzu nicht, weil die Selbstverwaltungen bei der Bemessung der Entschädigungen die größtmögliche Freiheit haben sollen.

Stellvertretende für die/den Bürgermeister/in

Den Stellvertretenden kann eine monatliche **oder** anlassbezogene Aufwandsentschädigung **oder** Sitzungsgeld gewährt werden.

Hinweis: Bezugsgröße für die Aufwandsentschädigung ist ein **angemessener Abstand** zu dem möglichen Höchstsatz einer Aufwandsentschädigung für den/die **Bürgervorsteher/in** (Höchstsatz 345,00 €).